

ALTERNATIVE SÜDWEST

Zeitung der AfD Baden-Württemberg

18. Mai 2022 | Ausgabe Nr. 19

Nachrichten | Information | Meinung



Wir brauchen Energiesicherheit

ALICE WEIDEL, KV BODENSEE

Der Ukraine-Krieg hat gezeigt, wie verwundbar Deutschland durch die von Merkel und den Grünen ausgeheckte „Energiewende“ und durch die „Klimaschutz“-Ideologie geworden ist. Kohle- und Atomkraftwerke gleichzeitig abschalten und einseitig nur auf Windräder und Erdgas setzen – das kann nicht funktionieren. Deutschland – und erst recht Baden-Württemberg – ist immer noch ein Industrieland. Und ein Industrieland braucht eine sichere

und bezahlbare Energieversorgung.

Teures Fracking-Gas aus den USA ist keine Alternative. Und auch mit Windradmonstern ist das nicht zu machen. Selbst wenn man ihre Zahl vervielfacht und das ganze Land damit verschandelt, liefern sie immer noch keinen verlässlichen Strom, wenn der Wind nicht weht.

Es ist fatal, dass die etablierte Politik sich immer noch an die teure, sinnlose und zum Scheitern verurteilte „Energiewende“ klammert. Damit Energie in Deutschland wieder sicher, verlässlich und bezahlbar wird, müssen wir diesen Irrweg verlassen, der Abermilliarden an Subventionen für sogenannte „erneuerbare“ Energien verschlingt.

Die dramatisch steigenden Energiepreise stürzen die gesellschaftliche Mittelschicht und den unternehmerischen Mittelstand in existenzielle Nöte. Um die Bürger wirklich zu entlasten, reicht es nicht, mit herablassender Geste ein paar einmalige Almosen zu verteilen, die die Bürger über ihre Steuergelder auch noch selbst bezahlen dürfen.

Echte Entlastung heißt: Der Staat muss seinen viel zu hohen Steueran-

teil an den Energiekosten deutlich reduzieren und seine Ausgabenwut für ideologische und klientelpolitische Subventionen zügeln. Die Mehrwertsteuer muss deutlich und dauerhaft heruntergefahren und die CO₂-Abgabe abgeschafft werden. Die EEG-Umlage muss ersatzlos gestrichen und nicht bloß von den Stromkunden auf die Steuerzahler umgebucht werden, die diese überflüssige Subvention dann weiter finanzieren müssen.

Damit Deutschland auch in Zukunft eine zuverlässige, bezahlbare und grundlastfähige Stromversorgung hat und aus der Erpressbarkeit durch die Abhängigkeit von einseitigen Energieimporten herauskommt, führt kein Weg am Wiedereinstieg in die Kernenergie und am Weiterbetrieb moderner und sauberer Kohlekraftwerke vorbei.

In der ganzen Welt weiß man das. Höchste Zeit, dass auch Deutschland wieder zu Vernunft und Normalität in der Energiepolitik zurückkehrt.

Dr. Alice Weidel ist Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Landesvorsitzende der AfD Baden-Württemberg und Bundesvorstandsmitglied

IN DIESER AUSGABE

Energiepolitik

1–6

Energiesicherheit | Grüne | Kernkraft

Antisemitismus

2

Importierter Antisemitismus

Kommentar zum Ukrainekrieg

3

Landespolitik

7

Grundsteuer | Tempolimit

Neuaufstellung der LFA

8



Foto: Palestine Nakba demo - Berlin, 15.05.2015
Montecruz Foto, (2015) Creative Commons Attribution 3.0

Verschleierung der Täterschaft: Für Nancy Faeser ist es „egal, von wo und wem“ der palästinensische Antisemitismus kommt

Nulltoleranz für importierten Antisemitismus!

Islamistische Judenfeinde dürfen sich nicht länger auf unseren Straßen austoben

MARTIN HESS, WK LUDWIGSBURG

Am Wochenende des 23. und 24. April fanden in Berlin antisemitische Aufmärsche von Islamisten statt. Dort waren Parolen zu hören wie: „From the river to the sea, palestine will be free“. Das bedeutet: Israel soll von der Landkarte getilgt werden. Die Islamisten bewarfen Polizisten mit Flaschen und Steinen und beschimpften Journalisten als „Zionistenpresse“.

Die Ausschreitungen haben erneut auf dramatische Art und Weise gezeigt, dass wir ein massives und immer größer werdendes Problem mit importiertem Antisemitismus haben. Das ist ein klares Versagen der Bundesinnenministerin Nancy Faeser und ihrer Amtsvorgänger, die diese Gefahr für die öffentliche Sicherheit ignoriert haben. Sogar noch an diesem Wochenende, als das Problem des importierten Antisemitismus für

jeden klar erkennbar war. Sämtliche Altparteien tragen mit ihrem Totalversagen in der Migrations- und Sicherheitspolitik die Verantwortung für derartige Aufmärsche.

Die Polizei darf kaum gegen diese antisemitischen Staatsfeinde vorgehen

Erstaunlich ist auch, dass die Polizei trotz all der Verhetzungen und bewaffneten Angriffe kaum gegen diese antisemitischen Staatsfeinde vorgehen darf. Diese fehlgeleitete Deeskalationsstrategie der Berliner Polizeiführung steht in keinem Verhältnis zu dem oftmals überzogenen Vorgehen gegen Corona-Demonstranten. Wegen Kleinigkeiten wurden diese friedlichen Proteste gegen die Impfpflicht in der Vergangenheit aufgelöst, während Judenfeinde ungebremst und gewaltbereit durch unsere Städte ziehen dürfen.

Anstatt die Ursachen für diesen Antisemitismus klar zu benennen, schreibt Bundesinnenministerin Faeser auf Twitter: „An antisemitische Beschimpfungen dürfen wir uns niemals gewöhnen – egal von wo und von wem sie kommen.“ Durch solche

Relativierung und Verschleierung der wahren Ursachen zeigt die Ministerin, dass sie ihrem Amt nicht gewachsen ist.

Ich sage klipp und klar: Dieser Antisemitismus ist importiert. Deshalb: Grenzen schützen, illegale Migranten zurückweisen und ausländische Extremisten abschieben. Islamistische Judenfeinde dürfen sich nicht länger auf unseren Straßen austoben.

Die Verantwortlichen in der Regierung schauen aus falsch verstandener Toleranz bereits zu lang weg. Die einzig richtige Strategie heißt hier: Nulltoleranz!

Martin Hess MdB, früher Dozent an der Polizeihochschule BW, ist stv. Landesvorsitzender und Mitglied im Innenausschuss



Foto: © Martin Hess

IMPRESSUM

Landesvorstand der AfD Baden-Württemberg
Landesgeschäftsstelle, Marc Tosenberger
Postfach 70 05 46, 70574 Stuttgart
0711 7260540, redaktion@afd-bw.de

Die Beiträge geben grundsätzlich die Meinung der Autoren wieder.

KOMMENTAR

Frieden schaffen mit weniger Waffen

Wo bleiben Politiker, die mit Diplomatie für Frieden in der Ukraine kämpfen?

RAINER BALZER, BAD SCHÖNBORN

Grüne Politiker schüren den Krieg in der Ukraine durch eine aggressive Sprache und durch die Forderung nach Waffen, Waffen, Waffen. Man erinnere sich: Die evangelische Kirche unterstützte in den 1970er und 1980er Jahren die Bewegung der Kriegsdienstverweigerer mit der Losung „Schwerter zu Pflugscharen“. Doch welche Friedensbotschaften hören wir heute von der Kirche? Die Präses der evangelischen Kirche, Frau Annette Kurschus spricht sich für die Lieferung schwerer Waffen in Konfliktgebiete aus. Hat sie jemals die Wirkung einer Waffe, eine Schussverletzung aus der Nähe gesehen? Wo sind die Osterspaziergänger aus der SPD, den Gewerkschaften und den Grünen? Abgetaucht, aus Angst vor der Verantwortung? Wer kämpft noch für den Frieden und diplomatische Lösungen?

Wir erleben eine Kriegstreiberei auf fast allen Kanälen, in jedem Fernsehsender der gleichgeschalteten Medien (die natürlich nicht gleichgeschaltet sind, das wissen wir, liebe Leser!). Diese mediale Hetze erinnert an die Monate vor dem ersten Weltkrieg. Die Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers 1914 löste einen Bündnisautomatismus aus, der zum ersten Weltkrieg führte.

Soll ein neuer Bündnisfall eintreten? Gefördert durch Bundeskanzler Scholz, der bisher neutrale Staaten wie Schweden und Finnland in die NATO aufnehmen möchte? Olaf Scholz hat den Wehrdienst übrigens – wie Anton Hofreiter – verweigert.

Wo bleiben die ernsthaften Bemühungen um eine diplomatische Lösung? Wo bleibt der Besuch der deutschen Außenministerin zu Gesprächen

in Moskau und in Kiew? Auch wenn Putin und Selenskyj harte Gesprächspartner sein werden: Wo ist heute das diplomatische Geschick führender Politiker, das die militärischen Konflikte zwischen Israel und den arabischen Nachbarn beendet hat?

Wo bleibt die langjährige Ausdauer in den Friedensverhandlungen, die zum Waffenstillstand und Frieden in Vietnam geführt haben? Hier sind Persönlichkeiten mit der Qualität eines Henry Kissinger oder eines Außenministers Genscher gefragt.

Welche Befähigung hat unsere Außenministerin, die den Ernst der Lage nicht erkennt und nicht qualifiziert reagiert? Notwendig wären zügig Gespräche über einen Waffenstillstand, über regionale Autonomiegebiete und befestigte Grenzen, um damit das Töten zu beenden.

Ein langjähriger Abnutzungskrieg nützt niemandem, auch dem Angreifer Russland nicht. Der Konflikt im Donbass, in der Ukraine und der russische Herrschaftsanspruch haben nachvollziehbare geschichtliche Ursprünge. Auch die Erweiterung der Nato Richtung Osten war alles andere als friedensstiftend. Gerade deshalb ist ein diplomatisches Engagement mit Geschick und Ausdauer so wichtig.

Die Spaltung der deutschen Gesellschaft ist der ehemaligen Bundeskanzlerin gelungen, ein Spalten Europas sollte nicht noch das Ergebnis unfähiger Politiker des Westens sein.

Wo setzen sich Politiker aktiv für den Frieden ein?



Das Töten beenden!

Borodjanka, Gebiet Kiew, Ukraine, 08. April 2022, zerstörtes Gebäude nach russischer Besetzung – Foto von Omyylo/Depositphotos.com

Dr. Rainer Balzer MdL ist stv. Leiter des Wissenschaftsausschusses





Kernkraftwerk „La centrale nucléaire de Belleville sur Loire“ in Frankreich

„Trumpf und Glück“ – bitte auch für Deutschland!

Ein Plädoyer für die Kernkraft

MARC BERNHARD, KARLSRUHE

Seit Jahren hat sich Deutschland international den zweifelhaften Ruf der „weltdümmsten Energiepolitik“ verdient. Die weltweit höchsten Energiepreise, drohende Blackouts, Industrieunternehmen, die vor den hiesigen Strompreisen flüchten und 7,4 Millionen Bürger, die ihre Wohnung nicht mehr angemessen heizen können: Das war der Zustand Deutschlands im Jahr 2020, vor Corona und vor Putin. Dass unsere hohen Strom- und Spritpreise auch nicht gottgegeben sind, sondern regierungsgemacht, zeigt sich unter anderem daran, dass in unseren Nachbarländern der Strom nur die Hälfte kostet.

Während die Altparteien hierzulande die Deutschen mit Durchhalteparolen vom Kaliber „Frieren für den Frieden“ „warmhalten“ und mit Ener-

giespartipps auf wirtschaftlich extrem rauhe Zeiten einstimmen, zeigen unsere europäischen Nachbarn wie man sich energiepolitisch an die Spitze Europas stellt.

Deutschland steigt gleichzeitig aus Kohle- und Kernkraft aus und Macron erklärt im französischen Wahlkampf, „das atomare Frankreich werde mit dem Industrieförderungsprogramm

**Würden unsere AKWs
noch laufen, wären wir
unabhängig von
russischen Gasimporten**

„France 2030“ von der Turbinenfabrikation bis zur Stromlieferung atom-technologisch in Europa führend. Die Atomkraft sei ein „Trumpf“ und ein „Glück“ für Frankreich.“ Touché - Félicitations!

Im Gegensatz zu Deutschland ist Frankreich heute von Gaslieferungen aus Russland weitgehend unabhängig, mit 56 Atomkraftwerken, die knapp 70 Prozent des Stroms liefern. Deutschlands masochistischer Ausstieg aus Kohle- und Kernenergie hat dagegen zur völligen Abhängigkeit von russischen Energielieferungen geführt, was wir jetzt teuer bezahlen müssen. Ein einziges Kernkraftwerk liefert so viel Strom, dass damit fünf Prozent des russischen Gasimports ersetzt werden könnten. Sechs Kernkraftwerke ersetzen die gesamten russischen Kohlelieferungen.

Hätten wir unsere siebzehn Kernkraftwerke, die 2011 in Betrieb waren, wie ursprünglich geplant weiterlaufen lassen, wären wir heute von russischen Gasimporten und damit von dieser wahnsinnigen Preisspirale

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

weitgehend unabhängig. Sogar Greta würde jubeln: Kernkraft ist nicht nur günstig und grundlastfähig, sondern nachhaltig und scheinbar klimafreundlich! Damit sich unsere Abhängigkeit nicht noch weiter erhöht, müssen unsere drei noch verbliebenen aktiven Kernkraftwerke unbedingt am Netz bleiben und die drei gerade erst abgeschalteten wieder ans Netz gehen.

Als ich Kanzler Scholz bei der Regierungsbefragung eben genau darauf hinwies, leugnete er die auf der Hand liegende Lösung. Aber selbst der belgische Premierminister Alexander De Croo stieg vor nur drei Wochen aus dem Atomausstieg teilweise

Belgien stieg aus dem Atomausstieg wieder aus, um die Energiesicherheit zu gewährleisten

wieder aus: Zwei Kraftwerke sollen zehn Jahre länger am Netz bleiben, damit die Energiesicherheit in Belgien gewährleistet werden kann.

Wie viel Schmerzen will sich Deutschland selbst noch zufügen, bis gegengesteuert wird? Raus aus der weltdümmsten Energiepolitik!

Marc Bernhard ist Sprecher der Landesgruppe Baden-Württemberg der AfD-Bundestagsfraktion und Mitglied im Ausschuss für Klima und Energie



Die schmutzigen Tricks der Grünen

Wie die Grünen den Krieg in der Ukraine als Vorwand für ihre Pläne missbrauchen

DIRK SPANIEL, STUTTGART

Aufgrund der Energiewende erreicht das deutsche Stromnetz in puncto Instabilität und Kosten immer neue Höhen. Das sorgt nicht nur dafür, dass Blackouts wahrscheinlicher werden. Die Energiekosten gefährden auch die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie. Nun möchte die deutsche Bundesregierung auch noch auf Öl und Gas aus Russland verzichten und schwört die Bürger – wohl-gemerkt NICHT die rot-grüne Nomenklatura! – auf eine Zukunft in Armut ein. So sollten laut Habeck die Deutschen

über Ostern mit dem Fahrrad oder der Bahn fahren und das Auto stehen lassen.

Habecks Intimus Klaus Müller wurde deutlicher: Nach ihm sollten Saunen wegen des hohen Energiebedarfs verboten werden, Rentner und Singles ihre Wohnungen nicht mehr vollständig heizen dürfen und Temperaturen über 19 Grad seien nur noch in Kinderzimmern oder Wohnungen mit Pflegebedürftigen zu rechtfertigen. Selbst die tägliche Dusche geriet in Müllers Visier.

Doch um ihre Pläne durchzudrücken, scheuen die Grünen nicht einmal davor zurück, den Krieg in der Ukraine als Vorwand zu missbrauchen. So soll mit dem Energiespar-Argument ein allgemeines Tempolimit auf deutschen Autobahnen eingeführt werden. Angeblich nur vorübergehend. Allerdings ist klar: Kommt das Tempolimit, wird es aufgrund des hohen Aufwandes auch bleiben. Der volkswirtschaftliche

Schaden eines Tempolimits dürfte die Energieeinsparungen bei Weitem überwiegen. Aber darum geht es den Grünen nicht. Sie wollen ihren Kampf gegen das Auto und die Individualmobilität weiter vorantreiben. Die Rekord-Spritpreise wird das Tempolimit nicht reduzieren.

Denn von den zeitweilig 2,50 Euro pro Liter Diesel an der Zapfsäule wandert rund ein Euro in die Staatskasse und weitere 70 Cent durch mutmaßliche Kartellabsprachen an die Öl-Mul-

Saunen verbieten, Wohnungen nicht mehr ausreichend beheizen, aufs tägliche Duschen verzichten

tis – was aber erst durch das Nachrechnen der AfD publik wurde. Dank der jüngst wieder gesunkenen Spritpreise ist das Thema aber (vorübergehend) vom Tisch. Die AfD-Fraktion im Bundestag hatte zuvor einen Vorschlag entwickelt, der den Benzin- und Dieselpreis auf rund ein Euro senkt.

Die russlandbasierte Öl- und Gasversorgung kann übrigens nicht ersetzt werden... das ist aber ein eigenes Thema.

Dr. Dirk Spaniel MdB ist Sprecher für Verkehr der AfD-Bundestagsfraktion



Renaissance der Kernenergie? Ja – aber nicht in Deutschland

Das Festhalten am Atomausstieg bedroht Wohlstand und Freiheit

MARTIN KRIECHBAUM, KARLSRUHE

Gemäß dem Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung vom Dezember 2021 sollte zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2045 der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bis 2030 von 40 Prozent auf 80 Prozent erhöht werden.

Da gleichzeitig ein Anstieg des Strombedarfs auf mindestens 680 Terawattstunden (TWh) prognostiziert wurde, der Atomausstieg planmäßig bis Ende 2022 abgeschlossen sein und zusätzlich der Ausstieg aus der Kohleverstromung auf 2030 vorgezogen werden sollte, mussten ehrgeizige Ausbauziele für Windenergie und Photovoltaik formuliert werden. So ist der Neubau von mindestens 15.000 Windkraftanlagen (WKA) in den verbleibenden neun Jahren bis 2030 unumgänglich, was angesichts der Zubauzahlen der vergangenen Jahre von weniger als 1.000 WKA pro Jahr als sehr ambitioniert erscheint. Mit Erdgaskraftwerken sollte für einen Übergangszeitraum die Grundlastfähigkeit gewährleistet werden.

► **Die Zeitenwende des Ukraine-Kriegs**

Durch den seit einigen Jahren vorgenommenen parallelen Ausstieg aus der Atomenergie und der Kohleverstromung war die Abhängigkeit von Erdgaslieferungen insbesondere aus Russland deutlich gestiegen. Im Zusammenhang mit der Verabschiedung von Sanktionspaketen des Westens gegenüber Russland aufgrund der kriegerischen russischen Aggression in der Ukraine wird nunmehr der Nachteil einer Abhängigkeit von

Energierohstoffimporten aus Diktaturen erkannt und nach Alternativen gesucht.

► **Reaktionen der europäischen Partner**

Zusätzlich zu den bisherigen Argumenten zugunsten der Atomenergie (Grundlastfähigkeit, niedrige Kosten, Karbonfreiheit) kommt nun noch das Motiv der Unabhängigkeit von Energierohstoffimporten hinzu. Diese neue Lage veranlasste Belgien, seine Pläne zum Atomausstieg bis 2025

aufzugeben und die Laufzeit seiner Atomkraftwerke um einige Jahre zu verlängern. Großbritannien gab sogar be-

kannt, künftig einen noch höheren Anteil an Atomstrom anzustreben und zusätzliche AKW zu bauen. Besonders günstig ist der französische Energiemix, der mit fast 70 Prozent Atomstrom, je 10 Prozent Wasserkraft und erneuerbaren Energien neben Grundlastfähigkeit und niedrigen Kosten auch Autarkie im Energiesektor bietet.

► **Folgerungen der Bundesregierung**

Eigentlich hätte man erwarten dürfen, dass die Bundesregierung die „Zeitenwende“ auch zum Anlass für ein Umdenken in der Energiepolitik nutzen und die Laufzeit der verbleibenden AKW verlängern würde. Stattdessen hat man sich für den Ersatz der günstigen russischen Pipeline-Erdgaslieferungen durch teures Flüssiggas entschieden, für eine Beschleunigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien (neuerdings „Freiheitsenergien“ genannt) und für Debatten über Energierationierung („Frieren für den Frieden“).

► **Aufgabe der AfD**

Insbesondere die gemeinsame ideologische Basis dieses Pakets verdient unsere Aufmerksamkeit. Preisgünstige Energie ist in einer modernen Industriegesellschaft die Voraussetzung für eine international wettbewerbsfähige Wirtschaft, die gut bezahlte Arbeitsplätze anbietet und damit Wohlstand schafft. Zudem ermöglicht preisgünstige Energie individuelle Mobilität, welche wiederum eine wichtige Dimension persönlicher Freiheit darstellt. Wer Energiepreise durch ideologiegetriebene Regelungen in die Höhe treibt oder Mengenbeschränkungen für Konsumenten und Industrie in Erwägung zieht, beschädigt die Fundamente von Wohlstand und Freiheit. Nach den Erfahrungen der beiden vergangenen Lockdown-Jahre sollten wir weiteren Versuchen, unsere Art zu Leben zu zerstören, entschlossen entgegentreten.

Martin Kriechbaum ist Mitglied im KV Karlsruhe und Diplom-Volkswirt im Controlling

**Belgien verlängert die
AKW-Laufzeiten, England
baut zusätzliche AKWs**

**Mit Atomkraft für Wohlstand und
Freiheit statt „Frieren für den Frieden“**



LANDESPOLITIK

Wie die Grundsteuer das Wohnen verteuert

Die Altparteien treiben die Wohn-Nebenkosten in die Höhe

MIGUEL KLAUSS, CALW

Seit 2016 haben zahlreiche Kommunen in Baden-Württemberg die Grundsteuer um bis zu 140 Prozentpunkte angehoben. Dies ergab ein Berichts Antrag (Drucksache 17/2037), den ich als wohnungspolitischer Sprecher im Landtag gestellt habe. Rekordhalter ist Wangen (Landkreis Ravensburg) mit einer Erhöhung von 140 Prozentpunkten.

Dieser Umstand ist ein Problem im Kampf für bezahlbares Wohnen. Die Grundsteuer wird vollständig auf den Mieter umgelegt und treibt damit die Mietkosten in die Höhe. Hier muss mit Blick auf die steigenden Wohn- und Lebenshaltungskosten dringend gegengesteuert werden. Immer mehr Menschen fehlt schlicht das

Rekord: Wangen hat die Grundsteuer um 140 Prozentpunkte angehoben



Foto: Musky22 - Wikimedia / CC-BY-SA 3.0

Geld, weil der Staat ihnen tief in die Taschen greift. Das gilt gerade auch beim Wohnen. Es muss immer darauf hingewiesen werden, dass es die sozialdemokratische Politik aller Altparteien ist, welche die Wohnnebenkosten durch Steuern und Abgaben in die Höhe treibt.

Dass es auch anders geht, zeigen andere Kommunen. Immerhin acht in Baden-Württemberg haben in den letzten Jahren den Hebesatz der Grundsteuer B vermindert. Aulendorf (Landkreis Ravensburg) senkte die Grundsteuer um 150 Prozentpunkte. Wobei Aulendorf mit einem Hebesatz von 650 immer noch deutlich höher liegt als Wangen mit nunmehr 380.

Wohnen ist ein Grundrecht und darf nicht horrenden Steuern und Abgaben zum Opfer fallen. Hier braucht es dringend ein rasches Umdenken! Als wohnungspolitischer Sprecher werde ich mit unserer Fraktion die Landesregierung an ihrem Versprechen, günstigen Wohnraum zu schaffen, kritisch messen. Die AfD fordert in ihrem Programm seit Langem eine Abschaffung der Grundsteuer, um die Mietkosten spürbar zu senken.

Miguel Klauß ist wohnungspolitischer Sprecher der AfD-Landtagsfraktion



Ein Tempolimit löst nichts

Spritsparen gegen Putin?

LARS HAISE, SCHORNDORF

Wie weit weg die sogenannten „Grünen“ und auch weite Teile der Sozialdemokratie von der Lebensrealität der normalen Bürger entfernt sind, erkennt man an der aktuell laufenden Diskussion rund um das Tempolimit. Wahlweise ist 130, 100 oder in manchen Filterblasen auch 80 km/h auf deutschen Autobahnen im Gespräch. Vorgeschobenes Ziel: Sprit sparen gegen Putin!

Doch wer wirklich auf das Auto angewiesen ist, um zum Arbeitsplatz zu pendeln, der hat bei Spritpreisen jenseits von zwei Euro pro Liter Kraftstoff alles andere im Sinn, nur nicht rasen! Diejenigen, die sich das bei dieser Abzocke an der Zapfsäule überhaupt noch leisten können, haben auch sonst keine finanziellen Sorgen. Oder haben eben ein Abgeordnetenmandat im Bundestag oder Landtag für die Grünen oder die SPD, meist ohne Berufs- und damit Lebenserfahrung.

Zur Selbstdisziplinierung muss man jedoch nicht das ganze Land der eigenen Ideologie unterwerfen. Es reicht auch aus, einfach mal selbst vom Gaspedal zu gehen.

Lars Haise ist AfD-Stadtrat in Schorndorf und Lokomotivführer von Beruf



LANDESVERBAND

Die Landesfachausschüsse stellen sich neu auf

Die Mitglieder sind herzlich eingeladen, mitzuwirken



Dr. Marc Jongen MdB ist AfD-Bundestagsabgeordneter, stellv. Landesvorsitzender und Landesprogrammkoordinator

MARC JONGEN, KARLSRUHE

Zu Recht sind wir als Partei stolz auf die basisdemokratische Beteiligung der Mitglieder an der Programmerstellung. Unser Grundsatzzprogramm wie auch alle Wahlprogramme im Land und auf Bundesebene werden von den Fachausschüssen der Partei verfasst, bevor sie auf dem Landes- bzw. Bundesparteitag diskutiert und verabschiedet werden.

In unserem Landesverband hat grundsätzlich jedes Mitglied die Möglichkeit, in den Landesfachausschüssen (LFA) mitzuarbeiten. Dies ist in der Landessatzung so geregelt, da wir wissen: In unserer Mitgliedschaft sind reiches berufliches Erfahrungswissen und vielgestaltige Fachexpertise vorhanden, die wir zum Wohle der Partei nutzen wollen. Mit jeweils vier Delegierten pro BFA hat Baden-Württemberg auch eine starke Stimme auf der programmatischen Bundesebene. Aktuell kommen zwei BFA-Leiter aus dem Südwesten, ich selbst vertrete unseren Landesverband als Programmkoordinator in der Bundesprogrammkommission.

Vor Kurzem hat der Landesvorstand im Einvernehmen mit den LFA-Leitern beschlossen, die Zählung und Bezeichnung unserer LFA an diejenige der BFA anzupassen. Wenn Sie Mitglied der AfD sind und über eine entsprechende Expertise verfügen, dann sind Sie herzlich eingeladen, in einem unserer 13 Landesfachausschüsse mitzuarbeiten. Kontaktieren Sie dafür bitte den jeweiligen Leiter mit einigen Zeilen zu Ihrer Person, er wird sich bei Ihnen zurückmelden. In den LFA mit kommissarischen Leitern werden aktuell Neustart-Sitzungen durchgeführt, nachdem die Arbeit zuletzt gestockt hatte. Hier besonders werden noch neue Mitglieder gesucht.

Gerade in diesen krisenhaften Zeiten, in denen unser Land vor unterschiedlichen Bedrohungsszenarien steht und auch der Druck auf unsere Partei seitens unserer Gegner immer weiter zunimmt, ist es wichtig, dass wir uns programmatisch maximal kompetent und überzeugend aufstellen. Dies gelingt nur mit Ihrer, mit der Hilfe der Mitglieder!

Die neue Struktur der LFA gestaltet sich wie folgt, jeweils mit Leiter oder Ansprechpartner:

- ▶ **LFA 1 Außen- und Sicherheitspolitik, Entwicklungshilfe und Außenwirtschaft** · Thomas Gruber, t.gruber3@gmx.de
- ▶ **LFA 2 Geld- und Währungspolitik** · Hans-Peter Sonn, hp_sonn@gmx.de
- ▶ **LFA 3 Finanzen und Steuern** · Hannes Ernst (kommissarisch), hannes.ernst@afd-bw.de
- ▶ **LFA 4 Familie und Demografie** · Emely Knorr (kommissarisch), emely.knorr@afd-bw.de
- ▶ **LFA 5 Innere Sicherheit, Justiz und Datenschutz** · Hans-Jürgen Goßner (kommissarisch), hans-juergen.gossner@afd-bw.de
- ▶ **LFA 6 Bildung, Wissenschaft, Kultur und Medien** · Sigrid Uhle-Wettler, sigrid_uhle@hotmail.com
- ▶ **LFA 7 Umwelt, Natur- und Tierschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** · Frank Katscher, fmg.katscher@t-online.de
- ▶ **LFA 8 Gesundheitspolitik** · Hardi Schumny, hschumny@web.de
- ▶ **LFA 9 Demokratie, Grundwerte und Europa** · Walter Schüle, widu-ger@gmx.de
- ▶ **LFA 10 Klima, Energie, Technik und Digitalisierung** · Dr. Andreas Geisenheiner, andreas.geisenheiner@gmx.de
- ▶ **LFA 11 Wirtschafts- und Sozialpolitik** · Bernd Laub (kommissarisch), mail@berndlaub.de
- ▶ **LFA 12 Zuwanderung, Asyl, Staatsangehörigkeit** · Dieter Amann, dieter.amann@afd-bw.de
- ▶ **LFA 13 Infrastruktur, Verkehr, Bauen, Wohnen und Planung** · Miguel Klauß (kommissarisch), miguel.klauss@afd-bw.de